

2 Mücke aus dem  
letzten Jahrhundert

3 Wirkungsvoller  
Protest

4 Bild der  
Vergangenheit?

6 Vernetzen,  
Verteidigen

## CIVIVA ist bereit für Herausforderungen

Das Jahr 2018 stand bei CIVIVA im Zeichen Vernetzung. Wir sind bereit, die geplante Schwächung des Zivildienstes mit aller Kraft zu bekämpfen. Auch das wurde an der Mitgliederversammlung deutlich.

An der Mitgliederversammlung vom 12. März im Käfigturm in Bern ging ein für den Zivildienst ereignisreiches Jahr zu Ende. Wer gehofft hatte, Bundesrat Parmelin sei ins WBF «abgeschlichen», um dort Diskussionsverweigerung zu betreiben und «Symbolmassnahmen» gegen den Zivildienst zu erfinden (S. 4), sah sich getäuscht. Stattdessen kam es zum Stelldichein von längst vom Bundesrat höchstselbst widerlegten Ressentiments («Zivis gefährden die Armee!»). Leider zeigten aber auch gewisse Reaktionen auf die Vernehmlassung zur Zivildienstgesetz-Änderung, dass wir wachsam bleiben müssen: so unverfroren wird mancherorts nach der Gewissensprüfung verlangt. Aber auch schon die Massnahmen des Bundesrates gefährden den Zivildienst als Ganzes. Sie führen zu massiven Einbussen von Dienstleistungen im Bereich Soziales, Gesundheit, Landwirtschaft und Umwelt. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Die Qualität wichtiger Dienstleistungen für die Bevölkerung würde zerstört.

### Näher zu Einsatzbetrieben

Bei allem Ungemach trieb CIVIVA in der AG Einsatzbetriebe auch die Vernetzung der EiB voran: wo drückt der Schuh? Es kristallisierte sich heraus, wie sehr die Arbeit von CIVIVA von den EiB geschätzt wird. Durch die Vernetzung sind wir in der Lage, auch die Situation der Einsatzbetriebe in unsere Arbeit einfließen zu lassen. Das ist wichtig, etwa, um dem Zivildienst mit einem offenen Brief Gehör zu verschaffen (S. 3). Ausserdem zeigte sich grosses In-



Gut besuchte CIVIVA-Mitgliederversammlung: Ruedi Tobler verabschiedet das langjährige Vorstandsmitglied Alois Vontobel (im Hintergrund; Bild: Nicola Goepfert).

teresse der EiB an der Arbeit von CIVIVA. Aus diesem Vernetzungs-Prozess gehen wir gestärkt hervor – und blicken zuversichtlich in die Zukunft. Wir sind bereit, den Herausforderungen zu begegnen. Das Vorhaben des Bundesrats, die Zulassungen zum Zivildienst massiv zu senken und dem Zivildienst als Ganzes zu schaden, wird CIVIVA mit aller Kraft bekämpfen.

### Personelle Wechsel

An der MV verabschiedete CIVIVA das Vorstandsmitglied Alois Vontobel. Alois engagierte sich während langer Zeit für den Zivildienst und CIVIVA und beteiligte sich an der Redaktion der LMC. Für deinen grossen Einsatz danken wir dir ganz herzlich, lieber Alois. Wir wünschen dir und

deiner Familie eine tolle Zeit und viel Gesundheit und Freude. Mit Annina Grob erhält CIVIVA an der MV weibliche Unterstützung. Ausserdem wird das Co-Präsidium sowie der restliche Vorstand für die 2018 geleistete Arbeit einstimmig bestätigt.

### Antenne Romande

Zu guter Letzt freut sich die «Le Monde Civil» über einen tollen Neuzugang: so schreibt unser Verantwortlicher für die Romandie, Florian Schweri, ab sofort seine «Antenne Romande»: «Wir brauchen das Engagement von so vielen Leuten wie möglich.» Lesen Sie auf S. 6, was sich in der Romandie Punkto Zivildienst tut.

Gregor Szyndler, Chefredaktor LMC

## Editorial

## Mücke aus dem letzten Jahrhundert



Lisa Mazzone,  
Co-Präsidentin CIVIVA

Geht es nach Guy Parmelin, seines Zeichens Vorsteher des WBF (nicht mehr des VBS!), bedroht die Zunahme an Zivildienstleistenden die Sicherheit der Schweiz. Zivildienstleistende, eine Gefahr für die Schweiz? Nicht, wenn es nach meiner Grossmutter geht, die im Altersheim von Zivis beim Essen und Spazieren unterstützt wird. Auch mein Neffe sagt etwas anderes, wenn er vom Zivi berichtet, der seine Lehrerin entlastet. Das Gleiche gilt für meine Nachbarin, die in einem Spital arbeitet, wo Zivis Einsätze leisten.

Der Zivildienst ist eine Institution, die der ganzen Gesellschaft Nutzen bringt. Krippen, Spitäler, Alters- und Pflegeheime, Bauernhöfe und Museen sind nur einige Orte, an denen wir Zivis brauchen. Durch ihren Entscheid akzeptieren die Zivis, 1,5-mal so lange Dienst zu leisten, wie sie im Militär leisten müssten. Wenn man jung ist und studiert oder beruflich stark eingespannt ist, ist das keine kleine Sache.

Welche Mücke hat eigentlich den Bundesrat gestochen, als er beschloss, dieses Engagement zu bestrafen und die Anzahl Zivis zu verringern, und sei es auf Kosten des Diensts an der Allgemeinheit? Er selbst hat ja prognostiziert, dass «Einsatzbetriebe davon betroffen sein werden, besonders in Tätigkeitsbereichen, in denen die zur Erfüllung der Aufgaben an der Gemeinschaft nötigen Mittel ungenügend sind oder fehlen»?

Es ist eine Mücke aus dem letzten Jahrhundert, die um Armeekader herum fett wurde und die den Zivildienst als Gefahr auffasst. Es ist die ideologische Position derer, die es nie verdaut haben, dass die Gewissen von Verweigerern nicht mehr von Uniformierten beurteilt werden. Sie sind blind für den vom Zivildienst an der Wirtschaft und an der Kohäsion des Landes erbrachten Nutzen.

Es ist nicht die Position von CIVIVA, genau so wenig wie jene der fast 300 Verbände und Einsatzbetriebe, die sich gegen die Revision des Zivildienstgesetzes und die Zulassungsverstärkungen engagieren. Der Ball liegt nun beim Parlament. Wir werden bald an den Abstimmungsurnen stehen, sollte das Parlament nicht auf diese Revision verzichten.

Alle Organisationen, Betriebe und Einzelpersonen, die sich für den Zivildienst einsetzen wollen, sind als Mitglieder bei CIVIVA willkommen.

## Werden Sie Mitglied!

**CIVIVA setzt sich für den Erhalt und den Ausbau des Zivildienstes ein. CIVIVA setzt sich für günstige Einsatzbedingungen ein. CIVIVA bündelt das Engagement aller Kräfte, die sich für den Zivildienst einsetzen. CIVIVA ist politisch breit abgestützt – der Zivildienst geht alle an.**

Alle Organisationen, Betriebe und Einzelpersonen, die sich für den Zivildienst einsetzen wollen, sind als Mitglieder bei CIVIVA willkommen.

Weitere Informationen: [www.civiva.ch](http://www.civiva.ch)  
Kontakt: CIVIVA, Postfach 9777, 8036 Zürich, Mail: [sekretariat@civiva.ch](mailto:sekretariat@civiva.ch)  
Twitter: [@servicecivilCH](https://twitter.com/servicecivilCH)  
Spendenkonto: PC 85-594763-0



## Beratungsadressen

Persönliche Beratungen für Mitglieder gratis. Kontakt: [beratung@civiva.ch](mailto:beratung@civiva.ch) oder [www.civiva.ch/beratung](http://www.civiva.ch/beratung)

**Basel:** Beratungsstelle für Militärverweigerung und Zivildienst; Beratungen bei Bruno (061 411 26 19) und Piet (079 563 04 44)

**Genf:** CIVIVA Fédération service civil suisse, 1200 Genève, [www.civiva.ch](http://www.civiva.ch)

**Bellinzona:** Centro per la nonviolenza della Svizzera italiana (CNSI), Vicolo Von Mentlen 1, Casella postale 1303, 6501 Bellinzona; [www.nonviolenza.ch](http://www.nonviolenza.ch); Tel. 091 825 45 77; Mail: [info@nonviolenza.ch](mailto:info@nonviolenza.ch)

## Impressum

«Le Monde Civil» vom März 2019; 34. Ausgabe; erscheint 4-mal jährlich.

**Abo:** Jahresabonnement 25 Franken. Für Mitglieder von CIVIVA im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Abo-Einzahlungen bitte auf Postcheckkonto: CIVIVA, 8000 Zürich, PC 85-594763-0, Vermerk: «Abo».

**Herausgeber:** CIVIVA, Schweizerischer Zivildienstverband, 8000 Zürich

**Vertrieb:** «Le Monde Civil», Zürich; Mail: [redaktion@civiva.ch](mailto:redaktion@civiva.ch)

**Redaktion:** Nicola Goepfert, Lukas Kuster, Lisa Mazzone, Florian Schweri, Gregor Szyndler (Chefredaktor), Ruedi Tobler, Gideon Urbach.

**Mitarbeit:** Sylvain Froidevaux, Lukas Huber, Patrick Kohler, Bruno & Heidi Sägesser.

**Auflage:** 1600 Exemplare

**Druck:** Ropress, Zürich

Klimaneutral und mit erneuerbarer Energie gedruckt.

## In eigener Sache

Dieser Ausgabe von «Le Monde Civil» liegt ein Einzahlungsschein bei. Aus gutem Grund: es gibt gerade auch 2018 viel für den Zivildienst zu tun. Bitte unterstützen Sie CIVIVA mit einer Spende. Gemeinsam machen wir uns für den Zivildienst stark. Vielen herzlichen Dank!



# 281-mal Danke!

**Lukas Kuster, CIVIVA-Vorstandsmitglied und Mitglied der Arbeitsgruppe Einsatzbetriebe, berichtet von der erfolgreichen Lancierung des Offenen Briefes bei den EiB.**

Nachdem sich bereits viele Einsatzbetriebe und Verbände an der Vernehmlassung beteiligt hatten, hielt CIVIVA den Druck auf die Politiker mit einem Offenen Brief aufrecht. Die Idee dafür entstand am September-Treffen unserer Arbeitsgruppe Einsatzbetriebe (AG EiB).

Der Offene Brief beinhaltet in kompakter Form die wichtigsten Argumente, die bereits in der Vernehmlassung erwähnt wurden. Man kann sie gar nicht oft genug wiederholen! Da sind zum einen die Auswirkungen einer Reduktion von Zivildienstleistungen auf die Gesellschaft. Am Beispiel der betagten Mitmenschen zeigt der Offene Brief, wie sich der Gesundheitszustand verschlechtern würde, wenn es plötzlich keine oder viel weniger Zivis gäbe, die sich mit ihnen unterhalten oder die weitere Betreuungen übernehmen, die das chronisch überlastete Pflegepersonal nicht mehr erfüllen kann. Die erschwerte Integration von Kindern mit Behinderung in die Regelschule ist eine weitere negative Auswirkung der ZDG-Revision, die die gan-

ze Gesellschaft treffen würde. Vielen Schulen fehlen ohne Zivis die Mittel für eine Rundumbetreuung neben dem Unterricht. Andererseits wurde dem Brief ein neues Argument hinzugefügt, das sich erst im Verlaufe des letzten Jahres und somit nach Einreichung der Vernehmlassung ergeben hat: gemeint ist die bereits sinkende Zahl von Zivildienstleistenden. So sanken die Zulassungen zum Zivildienst im Jahr 2018 um nicht weniger als 8,5% Prozent. Bei den Abgängen nach bestandener Rekrutenschule war der Rückgang sogar noch stärker und betrug über 17 Prozent.

Damit der Brief ein möglichst grosses politisches Gewicht bekommt, fragten wir etliche Zivildienst-Einsatzbetriebe per Mail an, ob sie ihren Namen unter den Brief setzen möchten. Somit ermöglichte CIVIVA es den EiB, die ja sonst schon alle Hände voll zu tun haben, sich rasch, unkompliziert und wirkungsvoll an dem Protest zu beteiligen. Die Rückmeldungen auf unseren Aufruf waren eindrucklich. Zwanzig Minuten nach dem Versand der Mail – und wir reden hier

von einem Sonntagabend! – waren schon drei positive Rückmeldungen da. Drei Tage später waren es bereits 130 und bei Fristablauf (nach drei Wochen) nicht weniger als 281 Einsatzbetriebe, Verbände und Organisationen, die uns ihre Unterstützung zusprachen. Von sozialen Einrichtungen über Naturschutzbetriebe bis hin zu Betrieben auf Gemeindeebene: eine riesige Anzahl Betriebe, die sich fürs Gemeinwohl einsetzen, wäre von der Revision negativ betroffen. Das gilt es den versammelten Gegnern des Zivildienstes geduldig immer und immer wieder vor Augen zu führen!

Als nächsten Schritt verschickten wir den Offenen Brief auf die Frühjahrssession (anfangs März) an alle ParlamentarierInnen des National- und Ständerates sowie an den zuständigen Bundesrat Guy Parmelin (WBF). Dann wird sich zeigen, ob trotz des grossen Chors an kritischen Stimmen an dieser Revision festhalten wird oder ob ein Umdenken stattfindet und auf die geplanten Verschärfungen des Zutritts zum Zivildienst verzichtet wird. CIVIVA bleibt dran.

## Obligatorisches Engagement?

# Service national universel

**Der «Service national universel» kommt in Frankreich erst und wird schon infrage gestellt. Von Sylvain Froidevaux.**

Noch während das Land wegen der «gilets jaunes» politisch und sozial siedet, plant die französische Regierung die Testphase des Service national universel (SNU). Der SNU ist ein Wahlkampfversprechen von Emmanuel Macron, dazu erdacht, die nationale Kohäsion zu stärken und gemeinsame Werte zu betonen. Manche sprechen von Paternalismus, von der Wiederkehr des Militärdienstes in verkürzter Form – 21 Jahre nach dem Ende der Dienstpflicht! Andere sehen im SNU ein Mittel, die moralische Erziehung populärer zu stärken, indem die soziale und territoriale Durchmischung gestärkt wird.

### Mehrstufiger Aufbau

Jedoch gibt es in Frankreich seit 2010 bereits einen «service civique» für 16- bis 25-Jährige, dessen Zahlen für ihn sprechen. Welche Vorteile bringt also der SNU? Zunächst ist der SNU nicht freiwillig. Die ers-

te Phase (Dauer: 1 Monat) ist obligatorisch für alle jungen Frauen und Männer ab 16 Jahren. Während den ersten zwei Wochen des SNU ordnen sich die Jugendlichen einem quasi-militärischen Drill unter: Kasernierung im Internat, Uniformpflicht, Tagwacht bei Morgengrauen und Flaggen-Gruss samt Marseillaise. Danach steht es ihnen frei, sich weiter zu engagieren (min. 3 Monate), sei es im zivilen oder militärischen Bereich. Zum Beispiel können Jugendliche bei Armee, Polizei oder Feuerwehr Dienst tun. Aber auch im sozialen Bereich oder in der Kulturgütererhaltung bzw. im Umweltschutz.

### Kritik von links und rechts

Das jährliche Budget für den SNU wird auf 1,6 Milliarden Euro veranschlagt (ohne Investitions- und Infrastruktur-Kosten). Im Juni 2019 findet der SNU erstmals statt, mit 3000 freiwilligen Jugendlichen. Studie-

renden-Organisationen bemängeln bereits die «Ungereimtheiten» und den «Zwangscharakter» des SNU – genau so wie seine «demagogische» Logik. Das Argument lautet, dass sich «soziale Durchmischung nicht dekretieren lässt». Die Rechte moniert, dass das Projekt zu teuer sei – es sei ein «Gadget» oder «eine bessere Ferienkolonie».

Die Jugendlichen selbst sind dem Projekt und den dahinter stehenden Prinzipien kaum gewogen. Gemäss einer Umfrage hofft ein Viertel, den SNU nicht absolvieren zu müssen.



### Sylvain Froidevaux

ist Mitglied der «Association pour la promotion du service citoyen» (APSC) in Genf.

# Improvisieren, Vertrauen und Bescheidenheit

Vor mehr als zwei Jahren beendete *Lukas Huber* seinen Zivildienst-Einsatz auf Madagaskar.

Mit einem Maschinenbau-Bachelor in der Tasche engagierte er sich fürs Centre Ecologique Albert Schweitzer.



Bild der Vergangenheit? Lukas Huber bei seinem Zivildienst-Einsatz auf Madagaskar. (Bild: zVg)

Lukas Huber verbrachte als Spezialist für kleine Windkraftanlagen 9 Monate auf Madagaskar. Gemeinsam mit lokalen Handwerkern entwickelte und installierte Lukas Huber die erste zu 100 % madagassische Low-tech-Windkraftanlage. Ein Projekt, das ebenso zur Innovation beiträgt wie zur nachhaltigen Entwicklung. Mittlerweile ist Lukas Huber wissenschaftlicher Mitarbeiter der ETH Lausanne. Hier beantwortet er Fragen von *Patrick Kohler*, stv. Direktor des Centre Ecologique Albert Schweitzer.

**Nach Ihrer Rückkehr haben Sie Ihr MA-Studium beendet, um sich an der ETH Lausanne zu engagieren. Inwiefern hilft Ihnen Ihre madagassische Erfahrung?**

Ich ziehe daraus enormen Nutzen in meinem Alltag. Besonders die Improviations-Fähigkeit der Madagassen, die sich täglich an Unvorgesehenes oder an rasch ändernde Situationen anpassen müssen. Das gibt mir viel Selbstvertrauen. Auch Mut, Dinge einfach selbst zu probieren, ohne eine perfekte Lösung anzustreben. In der Schweiz haben wir ja die Tendenz, nichts zu unternehmen, bis die kleinsten Details eines Projekts evaluiert sind, weil wir nach Perfektion trachten. In Madagaskar hingegen lernt man, während man etwas versucht, macht Fehler und ver-

sucht es nochmals. Mitterlweile glaube ich, beide Kulturen in mir drinnen zu haben – was im Forscher-Alltag sehr nützlich ist.

**Welcher Moment hat Sie am meisten geprägt?**

Das ist ganz eindeutig der Moment, als wir die Windkraftanlage in Betrieb nahmen, die wir am Dorfrand errichtet hatten. Wenige Augenblicke vorher zückte der Dorfälteste seine Pfeife, um so nach Hilfe zu rufen. In wenigen Minuten kamen Dutzende Personen auf dem Feld zusammen. Sie wollten alles sehen, wissen, berühren und Fragen stellen. Die Aufregung erreichte den Höhepunkt, als wir die Stange der Anlage aufrichteten. In diesem Augenblick realisierte ich, wie gross das Interesse und der Enthusiasmus waren, die dieses Projekt auslöste – und die Verantwortung, die ich auf den Schultern trug.

**Welchen Rat geben Sie Leuten, die an solchen Einsätzen interessiert sind?**

Dass sie nicht zögern sollen. Man lernt dabei so viel. Man muss mit enormen Erwartungen und Verantwortungen zurecht kommen – unter Berücksichtigung der lokalen Kultur und Fachkenntnisse. Es ist auch eine Schule der Bescheidenheit, die zeigt, dass auch wir selbst vor Ort sind, um zu lernen.

## Das Centre Ecologique Albert Schweitzer

Das CEAS ist eine schweizerische NGO im Bereich technischer Zusammenarbeit, die auf technische Innovationen spezialisiert ist, die helfen sollen, die Armut in Afrika mit Mitteln zu reduzieren, die Wirtschaft und Ökologie zusammenbringen. Seit 1980 ermöglicht das CEAS es jungen Frauen und Jugendlichen, ihre Lebensbedingungen zu verbessern – mit Forschungs- und Bildungsprogrammen, die auf dem ganzen Kontinent zugänglich sind.

Das CEAS ist ZEWÖ-zertifiziert, Mitglied des Schweizer Verbands für Personelle Entwicklungszusammenarbeit und wird von der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA unterstützt.

## Adieu, Auslandseinsatz?

Ausland-Einsätze könnten bald Vergangenheit sein. Denn der Bundesrat packte zu den sieben in Vernehmlassung gegebenen Anti-Zivildienst-Massnahmen eine achte: das Verbot von Auslandseinsätzen. Art. 7 des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst definiert den Rahmen, innerhalb dessen sich die jährlich 67 Zivildienst-Auslandseinsätze (0,6 % aller Einsätze) bewegen. Humanitäre Hilfe, Vorbeugung und Bewältigung von Katastrophen und Notlagen und zivile Friedensförderung sind mögliche Gebiete. Diesen Einsätzen will der Bundesrat nun an den Kragen. Weil sie den Zivildienst zu attraktiv machen. Wie jährlich 67 Einsätze zur Gefahr für die Bestände der Armee werden können, verrät Parmelin nicht. Der Effekt wäre ja auch äusserst schwer festzumachen, verglichen mit den Millionen, die die Armee für ihre krossmediale PR-Selbstbeweihräucherung verpulvert. Parmelin spricht denn auch von «Symbolmassnahmen, die man treffen muss», um dem unterm Zivildienst leidenden Militär wieder in die Kampfstiefel zu helfen. Nie zeigt sich so deutlich, wie scheinheilig die bundesrätliche Argumentation ist: es geht nicht nur ums Unterbinden von Wechseln von der Armee in den Zivildienst. Sondern darum, die Institution Zivildienst als Ganzes zu schwächen. Von den Massnahmen betroffen sind ja alle Zivis, nicht nur die angeblich so armeerestandsgefährdenden Soldaten, die ihre Dienstpflicht lieber als Zivis beenden wollen. (gs)

# Änderungen für Zivis und Einsatzbetriebe

**Im Vergleich zu Vorjahren sind die Änderungen für Zivis und Einsatzbetriebe im neuen Jahr überschaubar. Neue Regeln für Zivis gibt es beim Wehrpflichtersatz. Bei Einsatzbetrieben wurde die Abgabe an die Nominallohnentwicklung angepasst. Doch worum geht es dabei ganz genau?**

Thomas Brückner, Leiter Kommunikation ZIVI

Wehrpflichtersatz zahlen Zivis, wenn sie noch Diensttage leisten müssen und in einem Jahr weniger als 26 Diensttage geleistet haben. Die Abgabe wird von der kantonalen Wehrpflichtersatzbehörde erhoben und beträgt 3 Prozent des steuerbaren Einkommens der direkten Bundessteuer. Sie wird zurückerstattet, wenn alle Diensttage geleistet sind. Seit dem 1.1.2019 ist das geänderte Wehrpflichtersatzgesetz in Kraft. Neu zahlen Zivis die Abgabe dann, wenn sie im betreffenden Jahr gemäss Zivildienstgesetz und Zivildienstverordnung einsatzpflichtig waren.

Zivis zahlen zudem neu eine Abschluss-Ersatzabgabe, wenn sie mit mehr als 25 Zivildiensttagen aus der Dienstpflicht entlassen werden. Dies betrifft Zivis, die ab 31.12.2020 entlassen werden. Mehr Informationen dazu finden sich auf der Website des Bundesamts für Zivildienst (ZIVI): [www.zivi.admin.ch](http://www.zivi.admin.ch).

## Abgabe der Einsatzbetriebe

Für Einsatzbetriebe hat sich dieses Jahr die Höhe der Abgabe geändert. Der Bundesrat hat beschlossen, diese an die tatsächliche Entwicklung der Nominallöhne anzupassen. Dies gilt für alle Einsatzvereinbarungen, die nach dem 1. Januar 2019 abgeschlossen wurden. Der Grund dafür ist, dass die Höhe der Abgabe vom Brutto-lohn vergleichbarer Tätigkeiten ausserhalb von Zivildienstleistungen abhängt. Die Abgabe wird angepasst, sobald sich die Nominallöhne relevant verändert haben.

In den häufigsten Abgabekategorien erhöht sich die Abgabe maximal um 80 Rappen pro Dienstag respektive um 20.80 Franken pro Einsatzmonat. Für die meisten Landwirtschaftsbetriebe verringert sich der Tagessatz von 13.70 Franken auf 11.90 Franken.

Im Rahmen der Anpassung hat sich gezeigt, dass eine Tätigkeit in der Landwirtschaft, die vergleichbar mit einem entsprechenden Einsatz ist, in eine tiefere Abgabekategorie fällt. Das ZIVI hat alle Einsatzbetriebe schriftlich über diese Änderungen informiert.

Kommentar von Ruedi Tobler

## Militärköpfe in den Senkel stellen

Schon die Einführung des Zivildienstes 1996 war für eingefleischte Militärköpfe ein schwerer Schlag. Gar nicht abfinden können sie sich aber mit dem im April 2009 eingeführten Tatbeweis für die Zulassung zum Zivildienst und unternehmen seither alles Mögliche, das Rad der Zeit zurückzudrehen. Allerdings hatten sie auf sachlicher Ebene bisher keinen Erfolg. Wo stehen wir heute – nach der Vernehmlassung und der Botschaft des Bundesrats zur Revision des Zivildienstes?

## Uminterpretierte Vernehmlassung

Die Vernehmlassung ist ja ein Verfahren, das dazu dienen soll, bereits im Vorfeld eines gesetzgeberischen Projektes abzuklären, wie es bei den verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren ankommt und so einen gesetzgeberischen Leerlauf bzw. ein mögliches Scheitern zu vermeiden. In der Vernehmlassung zur Zivildienstgesetz-Revision wird dies in sein Gegenteil verkehrt. Sie muss zur Untermauerung des ideologischen Projektes herhalten. Ob es in der Bevölkerung mehrheitlich mitgetragen wird, interessiert die Militärideologen nicht.

Obwohl in der Vernehmlassung eine erdrückende Mehrheit von über 150 Körperschaften die Vorlage ablehnte und nur 40 sie befürwortete, wird in der Botschaft die Vernehmlassung in deutliche Unterstützung uminterpretiert, indem «unter Berücksichtigung des Gewichts der einzelnen Vernehmlassungsteilnehmenden» den Kantonen das grosse Gewicht zugeschrieben wird; und auch jene, die das Vorhaben abgelehnt haben, wurden da mitgezählt.

Nicht einbezogen wurden die Einsatzbetriebe – ein deutliches Zeichen für die fehlende Wertschätzung ihres Engagements für die Gesellschaft. Der Kanton Zürich wiederum wird vorbehaltlos mitgezählt, obwohl er in seiner sehr kurzen Stellungnahme nur die Massnahme 1 (mind. 150 Tage Dienst, d. Red.) unterstützt und sonst einen grundsätzlichen Vorbehalt anbringt: «Bei anderen Massnahmen müsste klarer nachgewiesen werden, dass damit der Gleichwertigkeit von Militärdienst und Zivildienst bessere Nachachtung verschafft werden kann.»

Es ist zu wünschen, dass die Eidgenössischen Räte diese verfehlte Vorlage versenken. Im Vorfeld der eidgenössischen Wahlen ist dies jedoch nicht wahrscheinlich. Das braucht uns nicht pessimistisch zu stimmen. Wie die Vernehmlassung gezeigt hat, ist der Zivildienst breit abgestützt. Wir brauchen uns vor einem Referendum nicht zu fürchten. Es würde die Chance bieten, die ewiggestrigen Militärköpfe so in den Senkel zu stellen, dass der Zivildienst künftig nicht mehr solchen Angriffen ausgesetzt sein dürfte.

Dieser Text ist eine gekürzte Fassung eines Texts aus der «Friedenszeitung» (März).

Kommentar von Gregor Szyndler

## Gewissen mit Halbwertszeit?

Die Publikation der Vernehmlassungs-Antworten zur Änderung des Zivildienstgesetzes fiel letzten Dezember in die Zeit nach dem Druck der LMC. Nun steht das 99 Megabyte grosse, 1400 Seiten lange PDF allen zur Verfügung. Das Erfreuliche: von den ersten 75 Stellungnahmen von Einsatzbetrieben verwendeten 60 die von der CIVIVA-«Arbeitsgruppe Einsatzbetriebe» zur Verfügung gestellte Vorlage. Das zeigt, wie genau auf die Anforderungen der EiB zugeschnitten unsere Bemühungen sind und dass sie von den EiB geschätzt werden. Schockierend sind Suchen nach Begriffen wie «Pro Militia», «SFV Fourierverband» oder «Schweizer Unteroffizier-Verband». Die Geringschätzung von Grundrechten ist eklatant. Bei Pro Militia liest sich das so: «Der Wechsel in den Zivildienst soll nur noch vor Beginn der Rekrutenschule möglich sein, wobei die Gewissensprüfung anstelle des Tatbeweises wieder eingeführt werden soll.» Nicht genug damit, dass die Forderung nach Wiedereinführung staatlicher Gewissenskonflikt-Zertifizierungs-Instanzen wieder in ist. Nein, es soll dem Gewissen auch gleich noch von Gesetzes wegen eine Halbwertszeit verordnet werden. Wer «erst» nach dem Anschauungsunterricht in RS und WK einen Gewissenskonflikt mit der Armee bekommt, soll nur noch durchs gute alte, schon jetzt zigtausendfach praktizierte, von der Armee so gerne totgeschwiegene UT-schreiben-Lassen eine Lösung für sein Problem finden.

Kurzmeldung

## Parlamentarische Gruppe Zivildienst

Das Zivildienstgesetz soll angepasst werden, um den Zivildienst «weniger attraktiv» zu machen. Also veranstaltete die Parlamentarische Gruppe Zivildienst am 6. März im Bundeshaus ein Treffen: «Muss der Zivildienst die Armee retten?» – Zwei Einsatzbetriebe berichteten über ihre Erfahrungen. Dann berichtete Samuel Werenfels, der erste ZIVI-Chef, seine Sicht aufs laufende Projekt zur Anpassung des Zivildienstgesetzes. Oberst i Gst Stefan Holenstein tat es ihm gleich. Für Holenstein steht fest, dass mehr Massnahmen zu ergreifen sind, falls das ZDG das Ziel nicht erreicht. Die Diskussion, die von einem offenen Klima getragen war, zeigte, dass die fünfzehn Anwesenden in einem Punkt übereinstimmen: Armee und Zivildienst ergänzen sich. Oder, wie es ein Einsatzbetrieb-Vertreter formulierte: «der Zivildienst in der Landwirtschaft schützt die Landschaft. Im Konflikt schützt die Armee das Land – aber es muss auch etwas zu beschützen geben. Koordinierte Zusammenarbeit ist darum unabdingbar.» (fs)

Antenne Romand

Carte Blanche

# Vernetzen, verteidigen Südkorea ohne echten Alternativdienst

Florian Schweri berichtet von den CIVIVA-Aktivitäten in der Romandie.



Bis vor einem Jahr verband ich mit dem Zivildienst nicht mehr als das Leisten meiner eigenen Dienstpflicht. Mittlerweile engagiere ich mich als Verantwortlicher für die Ro-

mandie bei CIVIVA. Mein erster Kontakt mit dem Zivildienst fand im Freundeskreis statt, weil viele Zivildienst leisten. Alle taten dies mit grosser Motivation, weil der Zivildienst es ermöglicht, sich für die Gesellschaft einzusetzen und dieses Engagement gewertschätzt zu sehen. Im Austausch mit Einsatzbetrieben sah ich dann, dass sie mit den Diensten zufrieden sind. Für viele sind Zivildienste von grundlegender Wichtigkeit. Aber warum kommt es dann zu den Vorschlägen zur Reduktion der Anzahl Zivis?

Es mag stimmen, dass Zivis weniger bemerkt werden als die Militärs in ihren Uniformen. Dennoch sind sie in gewissen Gebieten sehr präsent: sei es in Schulen, in Alters- und Pflegeheimen oder auf Bauernhöfen. Das plötzliche Fehlen der Zivildienstleistenden würde garantiert wahrgenommen werden. Der Zivildienst gehört ganz selbstverständlich zur Öffentlichkeit, wenn sich auch die Armee tiefer in sie einschreibt, da sie so sehr auf «Kameraderie» beruht.

Zivis hingegen sind engagiert, nur eben nicht in grossen Kasernen, sondern in kleinen Einsatzbetrieben. Diese Autonomie führt dazu, dass die Verbindungen zwischen Zivis schwächer sind als zwischen Soldaten. Um das auszugleichen ist es nötig, den Austausch und die Bindungen zwischen den Freunden des Zivildienstes zu verstärken. Deshalb stellt CIVIVA in der Romandie diverse Treffen auf die Beine, bei denen sich Zivis und Einsatzbetriebe begegnen.

Wir sind mitten in einem wichtigen Jahr mit der Aussicht auf ein Referendum. Ich freue mich nicht, diese Kampagne führen zu müssen, weil es zeigt, dass der Zivildienst immer noch nicht gebührend geschätzt wird von den Politikern. Doch ich freue mich, diese Kampagne mit *Ihnen* zu führen. Wir brauchen das Engagement von so vielen Leuten wie möglich.

Bruno und Heidi Sägesser berichten von ihrer dritten Korea-Reise und der Lage der südkoreanischen Kriegsdienst-Verweigerer (KDV).

**Ihr seid, seit 2008, zum dritten Mal nach Korea gereist, um, unter anderem, KDV zu treffen. Was hat sich seit eurem ersten Besuch geändert?**

BRUNO: Die Situation für KDV ist enorm schwierig. Trotzdem sehen wir kleine Schritte, die vorwärts gehen. 2015 besuchten wir zwei KDV während ihrer 18-monatigen Gefängniszeit. Wir redeten mit ihnen jeweils genau zehn Minuten, über Mikrofon durch Gitter und Panzerglas. 2017 gab es in Korea ein Gerichtsurteil, das bis Dezember 2019 die Einführung eines Alternativdienstes verlangte. Dies erlebten wir als Fortschritt. Nun liegt ein erster Regierungsvorschlag auf dem Tisch: KDV sollen als Alternativdienst 36 Monate als «Gefängnisgehilfen» arbeiten und im Gefängnis «wohnen». Das ist definitiv noch kein Durchbruch!

**Welche Fragen wurden euch gestellt?**

B: In den letzten 12 Jahren haben uns 120 südkoreanische Menschen in der Schweiz besucht. Diese kennen unsere ablehnende Haltung zu militärischer Gewalt. An einer Friedenskonferenz im Oktober 2018 hielten wir einen Vortrag. Wir wurden angefragt, über den Weg des Zivildienstes in der Schweiz zu erzählen, den wir seit 1972 begleiten. Das war wirklich schön.

**Wie stark ist die soziale Ächtung verurteilter Verweigerer?**

B: Korea ist ein enges Land, mit der militarierten Grenze im Norden und sonst überall mit Meeresgrenzen. Das spiegelt sich im engen Denkmuster vieler südkoreanischen Menschen. Die KDV haben es sehr schwer, zum Beispiel bei der Arbeitssuche.

HEIDI: Da tönt es schnell: «Geh doch nach Nordkorea!» Und dass man als KDV dem Kommunismus helfen würde.

B: Wir trafen einen Verweigerer, der eine Ausbildung in einen sozialen Beruf begonnen hatte. Wegen seiner 18-monatigen Gefängniszeit musste er sich umorientieren und wurde Velomechaniker.

**Ihr habt euch in Korea in christlichen Kreisen bewegt. Gibt es da einen Konsens, was Militär und KDV betrifft?**

B: Verallgemeinern kann man das nicht. Es gibt wenige Befürworter eines Alternativdienstes in kirchlichen Kreisen. Leider aber

viele glühende (christliche) Verfechter der Armee und der Schikanen gegen Verweigerer. Südkoreaner kennen, seit sie leben, nur den Kriegszustand und viele erleben jede Armeekritik als «Landesverrat».

**Wie ist die Stimmung auf die Annäherung von Nord und Südkorea?**

B: Von den konservativen Christen haben wir vorwiegend Ablehnung gespürt, da die Annäherungen von der liberaleren Regierung initiiert werden. Und damit haben sie Probleme.

H: Ein konservativer Pastor hat uns aufgefordert, zu beten, dass es eine koreanische Wiedervereinigung gibt, nach südkoreanisch-kapitalistischem System! Wir erklärten ihm, dass wir in einem ersten Schritt nicht eine «Übernahme», sondern eine Koexistenz, ohne Kriegszustand, als gute Möglichkeit sehen. Diesen Gedanken hatte dieser Pastor (71 Jahre!) noch nie gehabt! Er war dankbar für diesen «neuen» Gedanken.

**Welche Anliegen haben die Befürworter des Alternativdienstes in Südkorea?**

B: Der Alternativdienst, der diesen Namen verdient, scheint noch in weiter Ferne zu sein. Hier brauchen die Aktivistinnen Weisheit für gute Schritte in den nächsten Monaten. Es ist nötig, Kräfte zu bündeln und Gespräche mit der Regierung zu führen.

H: Manchmal denke ich, Südkorea ist dort, wo wir um 1970 waren.

B: Dass Personen aus dem Ausland mit ihnen in Verbindung sind, ist wichtig.



Bruno und Heidi Sägesser mit Sang Min Lee, der für seine Entscheidung 18 Monate ins Gefängnis ging (zVg)